

Niederschrift

über die 26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 13. Oktober 2006, 16:00 Uhr bis 17:40 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

Anwesenheit:

CDU: **Herr Köckert**, Herr Adam, Frau Braun, Frau Leutheuser, Herr Lindig (ab 16:45 Uhr), Frau Mereuta, Herr Meyer, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Ruhkamp, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck

DIE.LINKE.PDS: **Frau May**, Herr Bauer, Frau Duft, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Herr Voß, Frau Werner, Frau Wolf

SPD: Herr Levknecht, Herr Tikwe, T., Frau Winter

Bündnis 90/
Die Grünen: **Herr Schweßinger**, Frau Roshani

BfE: **Herr Gottstein**, Frau Apel, Herr Rabe

EA: **Herr Hofmann**, Frau Fischer

Fraktionslos: Herr Hardel

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
Pressestelle, Frau Lürtzing
Pressestelle, Frau Scheuch
Amtsleiter Haupt- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Stellv. Amtsleiterin Finanzverwaltung, Frau Seibicke
Sachbearbeiter Beteiligungen, Herr Hoffmann
Amtsleiterin Sozialamt, Frau Kranz
Abteilungsleiter Offene Hilfen, Herr Koch
Amtsleiterin Stadtentwicklung, Frau Menge

Gäste:

Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Herr Reisig, sachkundiger Bürger
Frau Berndt, Vorsitzende des Ausländerbeirates
Presse
Bürger

entschuldigt: Frau Stein –SPD-Fraktion – Urlaub
 Herr Dr. Schenk – SPD-Fraktion - verhindert
 Herr Pechstädt – DIE LINKE.PDS – verhindert
 Herr Gentzel – SPD - verhindert

Schriftführer: Frau Steffan
 Frau Seelig

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, eröffnet die 26. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 26 Stadtratsmitglieder anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt. Des Weiteren gratuliert der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung zurückgezogen wird. Da es keine weiteren Einwände oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt, gilt somit die geänderte Tagesordnung.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde wurde keine Frage eingereicht.

Nr. 3 der TO: Verpflichtung eines Stadtratsmitgliedes

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, nimmt die Verpflichtung des Stadtratsmitgliedes, Herrn Jens Hardel, nach § 24 Abs. 2 ThürKO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zum Wohle der Stadt Eisenach vor.

Nr. 4 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

- Beschlussrealisierung
- Berichtsvorlage – Stand der Haushaltsausführung per 30.09.2006
- Entwurf des Haushaltes 2007
hier: Sachstandsbericht
- Berichtsvorlage – Beteiligungsbericht 2005 der Stadt Eisenach
hier: Aktueller Sachstand
- Berichtsvorlage – Erhebung der Spielapparatesteuer unter Berücksichtigung der neuesten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes
- Berichtsvorlage – Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 5 „Ehemaliges Kasernengelände“
hier: Berichtsvorlage zum Gutachten Lärmimmission

- Prüfung aller Verträge und Unterlagen zum Konzept „Tor zur Stadt“

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, informiert, dass entsprechend der Mitteilung der Stadtratsfraktion B90/Die Grünen diese aus den Stadratsmitgliedern Herrn Stefan Schweßinger sowie Frau Denise Roshani besteht.

Des Weiteren macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, auf die Haushaltsführung per 30.09.2006 entsprechend der Berichtsvorlage aufmerksam. Derzeit besteht ein Haushaltsdefizit von 1,946 Millionen Euro. Grund hierfür sind die Mehrkosten für die Kosten der Unterkunft nach SGB II, die Minderung der Bundesergänzungszuweisung zum Ausgleich hoher Arbeitslosigkeit, Minderung aus der Entlastung des Wohngeldbereiches, Mehrausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe, Mehrkosten bei den Personalausgaben sowie Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer. Eisenach hat zwar eine positive Industriestruktur, jedoch sind einige große überregionale Firmen ansässig. Das Anordnungssoll bei der Gewerbesteuer weist derzeit ein Defizit von 2,553 Millionen Euro aus. Es ist davon auszugehen, dass man zum Ende des Jahres 1,8 Millionen Euro weniger Gewerbesteuer eingenommen hat, als beim Haushaltsansatz geplant. Abschließend erklärt der Oberbürgermeister, Herr Doht, dass die Hauptursache für das Haushaltsdefizit bei den Pflichtaufgaben für die Sozialleistungen liegt. Die Stadt Eisenach steht zu ihrer sozialen Verantwortung auch in schwierigen Haushaltslagen, macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, deutlich.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, informiert, dass mit Schreiben vom 02. Oktober 2006 die Stadtratsfraktion B 90/Die Grünen zur Kenntnis gegeben hat, dass nach dem Ausscheiden der Fraktionsvorsitzenden, Frau Gisela Rexrodt, neuer Fraktionsvorsitzender Herr Stefan Schweßinger ist.

Nr. 5 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung am 15. September 2006 – öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass zur Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates am 15. September 2006 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltungen**

Damit ist die Niederschrift bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0418/2006

Nr. 6 der TO: Berichterstattung des Ausländerbeirates

Die Vorsitzende des Ausländerbeirates, Frau Maia-Berndt, hält ihren Bericht. Dieser liegt schriftlich vor und wird zu den Akten der Sitzung genommen.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, dankt der Vorsitzenden des Ausländerbeirates für ihren Bericht.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, fragt nach, ob der Ausländerbeirat sich bereits Gedanken darüber gemacht hat, eine Sozialstruktur zu erstellen. Des Weiteren fragt Herr Schenke, ob er es richtig verstanden hat, dass der Ausländerbeirat die Einrichtung eines Büros fordert.

Frau Maia-Berndt bestätigt dies.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Fraktion, Herr Hofmann, unterstützt den Vorschlag von Frau Maia-Berndt bezüglich einer Begehung der Gemeinschaftsunterkunft in der Ernst-Thälmann-Straße. Des Weiteren unterstützt die EA-Fraktion die Einsetzung einer/s Integrationsbeauftragten. Herr Hofmann fragt, ob der Ausländerbeirat Anlass bzw. Probleme hinsichtlich der finanziellen Ausstattung für die Gemeinschaftsunterkunft sieht, da dieser ein Kontrollorgan fordert.

Das Stadtratsmitglied, Frau Wolf, bittet um Vorlage des Berichtes der Vorsitzenden des Ausländerbeirates vor allem im Sozialausschuss aber auch in den anderen Ausschüssen zur weiteren Beratung. Weiterhin fragt Frau Wolf, ob es konzeptionelle Ideen hinsichtlich der Verbesserung der Beratungstätigkeit gibt und wie die sächliche Ausstattung des Ausländerbeirates aussieht. Ist er damit arbeitsfähig?

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert, unterstützt die Bitte von Frau Wolf zur Beratung des Berichtes in den entsprechenden Ausschüssen. Für die Stadtratsmitglieder ist es wichtig, Kenntnis über die Arbeit des Ausländerbeirates zu haben. Denn es ist auch darauf zu achten, dass der Ausländerbeirat im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung bleibt. Für die Dinge, die über diesen Rahmen hinausgehen, sollte man sich nach Ansicht von Herrn Köckert, Verbündete suchen. Abschließend bittet Herr Köckert darum, dass der Bericht allen Stadtratsmitgliedern ausgehändigt wird.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, informiert, dass der Bericht der Vorsitzenden des Ausländerbeirates per Email an alle Stadtratsmitglieder versendet wird.

Die Vorsitzende des Ausländerbeirates, Frau Maia-Berndt, erklärt hinsichtlich der Sozialstruktur, dass es hierzu bereits Überlegungen gab, man jedoch zu dem Schluss gekommen ist, dass man für eine repräsentative Darstellung nur spezielle Gruppen beleuchten kann. Des Weiteren teilt Frau Maia-Berndt, dass es keine sächliche Ausstattung für den Ausländerbeirat gibt. Hinsichtlich der Beratungsangebote informiert Frau Maia-Berndt, dass es eine Halbtagsstelle von der Diakonissenmutterhausstiftung gibt, die Beratungstätigkeit anbietet. Hierbei handelt es sich um die Emigrationserstberatung. Frau Maia-Berndt hält es für notwendig, diese Beratungsstelle personell aufzustocken. Es gibt jedoch keine Beratungsstelle für Flüchtlinge, macht Frau Maia-Berndt deutlich.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, korrigiert Frau Maia-Berndt dahingehend, dass es eine Beratungsstelle für Flüchtlinge gibt. Hierbei handelt es sich um die Ausländerbehörde der Stadt Eisenach.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte.

Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, beendet damit diesen Tagesordnungspunkt und verweist diesen zur weiteren Beratung in die Ausschüsse.

Nr. 7 der TO: Änderung der Besetzung von Ausschüssen des Stadtrates

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 8 der TO: Feststellung der Jahresrechnung 2004 und Erteilung der Entlastung

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

Aufgrund des § 80 Abs. 3 der ThürKO wird die Jahresrechnung der Stadt Eisenach für das Haushaltsjahr 2004 mit den lt. Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes erfolgten Prüfungsfeststellungen festgestellt.

Gemäß § 80 Abs. 3 ThürKO wird die Entlastung für das Haushaltsjahr 2004 beschlossen.

Abstimmung: 24 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 5 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0419/2006

**Nr. 9 der TO: Einführung eines neuen Rechnungswesens auf der Grundlage der Doppik
 hier: Grundsatzbeschluss**

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Fraktion, Herr Hofmann, erklärt, dass sich die EA-Fraktion gegen die Umstellung der Haushaltsführung auf die Doppik ausspricht. Die EA-Fraktion überzeugen die aufgeführten Vorzüge der aufwendigen Umstellung auf die Doppik nicht. Insbesondere den Vorzug der Transparenz sieht die EA-Fraktion nicht. Denn hierbei wird darauf verwiesen, dass die Kommunen wie ein Konzern ihr Rechnungswesen durchführen. Jedoch sind die Bilanzen eines Konzerns nicht als transparent anzusehen, macht Herr Hofmann deutlich. Für Herrn Hofmann stellt sich die Frage, was diese Umstellung tatsächlich bringt, denn Kommunen sind nicht mit Konzernen vergleichbar, also kann es nur die Ideologie sein. Nach Meinung von Herrn

Hofmann ist man kein Privatunternehmen und die Stadt sollte auch nicht in Konkurrenz zu Privatunternehmen getrieben werden, weil dies eine verstärkte Tendenz zu Privatisierungen bedeuten würde, die, wie der Stadtrat bereits erklärt hat, nicht gewollt sind.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, fordert eine realistische Betrachtung. Die Kameralistik wurde von Friedrich dem Großen eingeführt. Mittlerweile befindet man sich im 21. Jahrhundert und im Standortwettbewerb. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, macht darauf aufmerksam, dass die Stadt Eisenach nicht losgelöst lebt, denn es gibt einen Beschluss der Innenministerkonferenz, nach der im gesamten kommunalen Bereich der Bundesrepublik zur Doppik übergegangen werden soll. Auch die Stadt Eisenach kann sich dem nicht verwehren, wenn man vergleichbar sein will. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, stellt fest, dass das Land Thüringen nicht das mutigste Land ist, aber mittlerweile auch einen Beschluss gefasst hat, in dem der Innenminister beauftragt wurde, die Umstellung des öffentlichen Rechnungswesens auch in Thüringen vorzubereiten. Es gibt jedoch einen Unterschied zu anderen Bundesländern und das ist das Wahlrecht zwischen Kameralistik und Doppik. Es ist jedoch zu beachten, macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, deutlich, dass die Dauer des Wahlrechts fraglich ist. Denn bereits 11 der 16 Bundesländer haben bereits die Grundsatzbeschlüsse auf Umstellung der Doppik gefasst. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, erklärt, dass es sicherlich nicht das Interesse der Stadt ist, zu den Letzten zu gehören. Abschließend weist der Oberbürgermeister, Herr Doht, nochmals auf die Transparenz der Doppik hin.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Fraktion, Herr Gottstein, macht deutlich, dass man mit der Doppik erkennen kann, was einem die einzelnen Leistungen, Objekte usw. Wert sind, wie die Entwicklung für die Zukunft ist und wie man wirtschaftlich da steht. Dies haben bereits viele Kommunen erkannt, sogar bevor der Beschluss in der Innenministerkonferenz gefasst wurde und haben die Doppik eingeführt. Abschließend bittet Herr Gottstein Herrn Hofmann seine Meinung zu überdenken.

Die Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, merkt an, dass der befürchtete Zwang zur Privatisierung nicht daher kommt, in welcher Art und Weise man seine Finanzabrechnung macht, sondern eher aufgrund der ungenügenden Finanzausstattung der Kommunen. Des Weiteren erklärt Frau May, dass man mit der Doppik eine vernünftige Ausgabenverwendung und Übersichtlichkeit erzielt.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, stellt klar, dass er nicht behauptet hat, dass ein Zwang zur Privatisierung besteht, auch nicht durch die Art der Haushaltsrechnung. Privatisierungen könnten damit lediglich vereinfacht werden. Des Weiteren erklärt Herr Hofmann, dass es ihm nicht unbekannt ist, dass die Kameralistik ein antiquiertes Rechnungswesen ist. Man ist von dieser Form auch nicht voll begeistert, jedoch muss man von etwas Neuem auch überzeugt sein.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

Der Umstellung des kommunalen Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik nach Maßgabe der vom Land Thüringen noch zu erlassenden gesetzlichen Vorschriften wird zugestimmt.

Der Haupt und Finanzausschuss wird mit der Begleitung des Umstellungsverfahrens beauftragt.

Für den Termin der Umstellung wird nach Vorlage der gesetzlichen Vorschriften dem Stadtrat von der Verwaltung eine Empfehlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

**Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung**

Beschluss-Nr.: 0420/2006

**Nr. 10 der TO: Überplanmäßige Ausgabe bei der ARGE Grundsicherung
 Eisenach bei Leistungen für Unterkunft und Heizung in Höhe
 von 688.000,00 € (Haushaltsstelle 48200/000.69100**

Das Stadratsmitglied, Herr Schenke, fragt nach, wie die Positionierung des Oberbürgermeisters beim Deutschen Städtetag aussieht, hinsichtlich der angekündigten Reduzierung der Beteiligung des Bundes. Des Weiteren fragt Herr Schenke, ob in diesem Jahr noch mit einer Haushaltskonsolidierung zu rechnen ist, aufgrund des defizitären Haushaltes.

Der Oberbürgermeister, Herr Doht, antwortet, dass der Thüringer Gemeinde- und Städtebund sich bereits positioniert hat und die vorgeschlagene Prozentzahl nicht akzeptabel ist. Es gab auch eine Konferenz der Oberbürgermeister beim Gemeinde- und Städtebund, in der ein gleichlautender Beschluss gefasst wurde. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, macht deutlich, dass eine Kostenübernahme von 29,1 % nicht ausreichend ist. Des Weiteren erklärt der Oberbürgermeister, Herr Doht, dass ein großes Problem die Bedarfsgemeinschaften sind, hier gab es eine Gesetzesänderung, die hat sich jedoch noch nicht ausgewirkt.

Hinsichtlich des Haushaltes, erklärt der Oberbürgermeister, Herr Doht, dass in diesem Jahr kein Haushaltsausgleich erzielt wird, auch nicht für einen Nachtragshaushalt. Es ist nicht möglich, in zwei Monaten eine Haushaltskonsolidierung vorzunehmen, die einen Ausgleich von über 2 Millionen Euro ermöglicht. Der Oberbürgermeister, Herr Doht, verweist auf die ausgereichte Berichtsvorlage. Auch für den Haushalt 2007 ist derzeit kein Haushaltsausgleich erreicht, so dass ein umfangreiches Haushaltskonsolidierungskonzept aufgestellt werden muss. In diesem Zusammenhang müssen alle freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden, macht der Oberbürgermeister, Herr Doht, deutlich.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, erklärt, dass die EA-Fraktion dieser Beschlussvorlage seine Zustimmung erteilt, da auch keine andere Wahl besteht, es ist gesetzlich vorgeschrieben. Es ist jedoch keine leichte Zustimmung, wenn man die Folgen für die Kommune betrachtet. Die Befürchtungen bezüglich der Hartz-Gesetze sind bei weitem übertroffen worden, macht Herr Hofmann deutlich. Es ist ein Anstieg des Haushaltsansatzes für diese Maßnahme von 27,5% zu verzeichnen. Des Weiteren erklärt Herr Hofmann, dass es schwer zu akzeptieren ist, dass die Stadt sich unter anderem deshalb verschulden muss, weil Konzerne wie EON indirekt finanziert werden, da diese bei den Heizungskosten kräftig die Hand aufhalten.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

Die überplanmäßige Bereitsstellung von 688.000,00 € für die ARGE Grundsicherung Eisenach in der HH-Stelle 48200/000.69100 für die Leistungsbeteiligung der Stadt Eisenach bei Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Die Deckung erfolgt anteilig durch Mehreinnahmen in der HH-Stelle 48200/000.19100 in Höhe von 200.200,00 € und durch Mehreinnahmen in der HH-St. 48200/000.24100 in Höhe von 52.000,00 €.

Die weiteren erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 435.800,00 € können gegenwärtig nicht durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben zum Verwaltungshaushalt 2006 gedeckt werden.

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0421/2006

**Nr. 11 der TO: Überplanmäßige Ausgabe im Unterabschnitt 45410.77140 –
 Förderung von Hilfen in Kindertagesstätten – in Höhe von
 95.000,00 €**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

Überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 45410.77140 in Höhe von 95.000,00 €.

Die Deckung dieser Ausgaben erfolgt durch Minderausgaben in der Haushaltsstelle 45570.77130 – Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform – Hilfe in Heimen.

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0422/2006

**Nr. 12 der TO: Klarstellungssatzung „Blaue Linie West“
 hier: Beschlussfassung**

Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, fragt nach, warum das städtische Haus, Ehrensteig 69, nicht mit einbezogen wird.

Die Dezernentin, Frau Rexrodt, sagt eine spätere Beantwortung dieser Anfrage zu.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert, erklärt, dass diese Vorlage in den Ausschüssen mehrfach beraten wurde. Die Linie wurde nochmals leicht verändert. Die Linienführung wurde in enger Abstimmung mit den Landesverwaltungsamt gefasst. Bei diesem Objekt ist zwischen Innen- und Außenbereich kein Spielraum.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat beschließt:

- 1. die Klarstellungssatzung der Stadt Eisenach „Blaue Linie West“ mit dem in der Anlage 01 zur Satzung bezeichneten Geltungsbereich.**
- 2. Damit wird der in der 16. Sitzung des Stadtrates vom 18.11.2005 gefasste Beschluss der Klarstellungssatzung „Blaue Linie West“, Beschluss-Nr. 0269/05, ersetzt.**
- 3. Die Klarstellungssatzung ist ortsüblich bekannt zumachen.**

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0423/2006

Nr. 13 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 171/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Mehr Sicherheit für Garagenbesitzer
Herr Bauer hält die Verweisung an die Stadtratsmitglieder, die im Ausschuss sind, für nicht in Ordnung.

Reg.-Nr. 177/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Übersicht Gewährungen von Zuwendungen an Selbsthilfegruppen
Herr Bauer erklärt, dass bei der Beantwortung, die Aufstellung der Nichtgewährung aus dem Jahr 2006 fehlt.

Reg.-Nr. 178/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Organisation von „1 Euro – Jobs“ in kommunaler Verantwortung
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 179/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Lernmittelverordnung
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 180/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Überarbeitung der Heizungs- und Unterkunftsrichtlinie der Stadt

Herr Bauer erklärt, dass die derzeitige Richtlinie aus dem Jahr 2004 stammt mit Wirkung ab 2005. Nach Meinung von Herrn Bauer wäre eine Differenzierung in bezug auf die Gesamtordnung, d.h. Quadratmeter sowie die entsprechenden Kosten, notwendig. Herr Bauer hält einen Übergang bei einigen Bereichen zu großzügigen Pauschalregelungen für sinnvoll. Hierzu zählen zum Beispiel die Instandhaltungskosten bei Einfamilienhäusern. Des Weiteren erklärt Herr Bauer, dass die Kosten von 2005 zugrunde gelegt werden. Diese reichen nach Meinung von Herrn Bauer nicht aus. Abschließend fragt Herr Bauer, ob man bereits Erfahrungswerte von großen Vermietungsgesellschaften eingeholt hat.

Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, erklärt, dass hier eine konkrete Anfrage vorliegt, die auch entsprechend beantwortet wurde. Wenn die zu zahlenden Unterstützungen nicht ausreichen würden, würden sicherlich Widersprüche zu verzeichnen sein, was jedoch nicht der Fall ist. Nach den Erfahrungswerten ist festzustellen, dass die Unterstützungen noch auskömmlich sind, wobei man nicht garantieren kann, dass sie im nächsten Jahr ausreichend sein werden. Hinsichtlich der vorgeschlagenen großzügigen Verfahrensweise, macht die Bürgermeisterin, Frau Lieske, deutlich, dass man hier nur nach Einzelfallprüfungen Entscheidungen treffen kann, denn es besteht die Gefahr, dass die Kosten für die Instandhaltung sehr schnell ausufern.

Herr Bauer sieht bei einer genauen Prüfung die Gefahr, dass dann keine Zeit mehr für die Arbeitsvermittlung besteht. Herr Bauer hält eine Beratung im Sozialausschuss zu diesem Thema für wichtig, um auch die Erfahrungswerte von anderen Kommunen und Landkreisen sich zu nutze zu machen.

Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, macht deutlich, dass die ARGE Eisenach um gute Leistungen bemüht ist und mittlerweile die beste ARGE im gesamten Land Thüringen ist. Die Bürgermeisterin, Frau Lieske, verweist auf die Beratung im Sozialausschuss.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert, verweist auf die Regelungen in der Geschäftsordnung bezüglich der Anfrage und bittet dieses Thema im Ausschuss zu beraten.

Reg.-Nr. 181/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Fortschreibung Sozialplan
Für Herrn Schenke ist die Antwort ungenügend, denn es fehlt zumindestens eine Aussage über den Zeitpunkt, wann der Sozialplan vorgesehen ist.

Reg.-Nr. 182/2006 Anfrage der DIE.LINKE PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Verbesserung der Arbeit mit gemeinnützigen Vereinen und
Verbänden und deren finanzielle Unterstützung
Es wurden keine Zusatzfragen gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, informiert, dass die nächsten
Stadtratssitzungen am 17. November 2006 und am 15. Dezember 2006 stattfinden.

Ende der öffentlichen Sitzung um 17:30 Uhr

Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Seelig
Schriftführer
16.10.2006